

Kantonale Tierseuchenverordnung (KTSV)

vom 03.11.1999 (Stand 01.07.2017)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 des eidgenössischen Tierseuchengesetzes vom 1. Juli 1966 (TSG)¹⁾, Artikel 32 Absatz 1 und Artikel 295 Absatz 2 der eidgenössischen Tierseuchenverordnung vom 27. Juni 1995 (TSV)²⁾, Artikel 40 Absatz 3 bis 5 der eidgenössischen Verordnung vom 25. Mai 2011 über die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten (VTNP)³⁾, Artikel 36 Absatz 1 des Gesetzes vom 18. Juni 2003 über die Abfälle (Abfallgesetz, AbfG)⁴⁾, Artikel 12 Absatz 3 und Artikel 51 des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes vom 16. Juni 1997 (KLwG)⁵⁾ sowie Artikel 6 Absatz 2 des Hundegesetzes vom 27. März 2012⁶⁾,

auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion, *

beschliesst:

1 Geltungsbereich

Art. 1

¹ Diese Verordnung regelt den Vollzug der Bundesgesetzgebung über die Tierseuchenbekämpfung und die Entsorgung tierischer Nebenprodukte. *

2 Tierseuchenpolizei

Art. 2 *Kantonaler Veterinärdienst*

¹ Der Kantonale Veterinärdienst vollzieht die Bestimmungen über die Tierseuchenbekämpfung, sofern nach der eidgenössischen oder der kantonalen Gesetzgebung nicht andere Organe als zuständig erklärt werden. *

¹⁾ SR 916.40

²⁾ SR 916.401

³⁾ SR 916.441.22

⁴⁾ BSG 822.1

⁵⁾ BSG 910.1

⁶⁾ BSG 916.31

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

² Er koordiniert seine Vollzugstätigkeit im Bereich der Zoonosen (Art. 1 Abs. 1 Bst. a TSG⁷⁾) mit dem Kantonsarztamt und dem Kantonalen Laboratorium, bei Wild- und Fischseuchen mit dem Jagd- und dem Fischereiinspektorat.

³ Er koordiniert die Tätigkeit der tierseuchenpolizeilichen Organe nach den Artikeln 3 bis 8 und legt ihre Aufgabenbereiche im Rahmen des TSG und der TSV fest.

Art. 3 * *Amtliche Tierärztinnen und Tierärzte*

¹ Der Kantonale Veterinärdienst ernennt die für einen wirksamen Vollzug erforderliche Anzahl amtlicher Tierärztinnen und Tierärzte sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

Art. 4–5 * ...

Art. 6 * *Bienenkommissärinnen und Bienenkommissäre*

¹ Der Kantonale Veterinärdienst ernennt im Einvernehmen mit den kantonalen Bienenzüchterverbänden die nötige Anzahl regionaler Bienenkommissärinnen und Bienenkommissäre. Der französischsprachige Kantonsteil bildet eine Region. *

² Die Bienenkommissärinnen und Bienenkommissäre stehen der Kantons-tierärztin oder dem Kantonstierarzt sowie den Bieneninspektorinnen und Bieneninspektoren in ihrer Region bei der Bekämpfung der Bienenseuchen beratend und unterstützend zur Seite.

Art. 7 * *Bieneninspektorinnen und Bieneninspektoren*

¹ Der Kantonale Veterinärdienst ernennt die für einen wirksamen Vollzug erforderliche Anzahl Bieneninspektorinnen und Bieneninspektoren. *

² Er bestimmt die gebietsmässige Zuordnung der Gemeinden und Regionen zu den Bieneninspektorinnen und Bieneninspektoren.

Art. 8 *Polizeiorgane*

¹ Die kantonalen und kommunalen Polizeiorgane unterstützen die übrigen tierseuchenpolizeilichen Organe in ihrer Tätigkeit und leisten die notwendige Vollzugshilfe.

⁷⁾ SR 916.40

Art. 9 *Personen, Behörden und Fachstellen mit besonderen tierseuchenpolizeilichen Aufgaben*

¹ Soweit erforderlich, kann der Kantonale Veterinärdienst Personen, Behörden und Fachstellen beiziehen, die kraft besonderer Voraussetzungen Spezialaufgaben für die Tierseuchenpolizei erfüllen können.

² Die Organe der Wildhut und der Fischereiaufsicht haben bei der Erfüllung von tierseuchenpolizeilichen Aufgaben die Eigenschaft von Beamtinnen und Beamten der gerichtlichen Polizei.

Art. 10 *Entschädigung der tierseuchenpolizeilichen Organe*

¹ Die amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte sowie nichtamtliche Tierärztinnen und Tierärzte mit tierseuchenpolizeilichem Auftrag werden gemäss der Verordnung vom 19. Dezember 2012 über die Entschädigungsansätze für amtliche Einrichtungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung (ETV)¹⁾ entschädigt. *

² Die Entschädigungen der übrigen tierseuchenpolizeilichen Organe sind aufgrund von Weisungen des Amtes für Landwirtschaft und Natur (LANAT) in öffentlich-rechtlichen Arbeitsverträgen oder in Leistungsvereinbarungen festzusetzen. *

3 Verkehr mit Tieren

Art. 11–12 * ...

Art. 13 * *Kennzeichnung und Registrierung der Hunde und ihrer Halterinnen und Halter **

¹ Kennzeichnung und Registrierung der Hunde und ihrer Halterinnen und Halter richten sich nach Artikel 30 TSG²⁾ und nach Artikel 16 bis 18 TSV³⁾. *

² Die Registrierungsstelle gemäss TSV ist die Wohnsitzgemeinde der Hundehalterin oder des Hundehalters. *

³ Sie liefert der Datenbankbetreiberin die zu registrierenden Daten der Hundehalterin oder des Hundehalters und nimmt im Rahmen der Bestimmungen der TSV auch Mutationen vor. *

¹⁾ BSG 811.941

²⁾ SR 916.40

³⁾ SR 916.401

Art. 13a * *Datenzugriff durch Behörden*

¹ Die Gemeinden können für die Erhebung der Hundetaxe bei der Datenbankbetreiberin anhand der Gemeindenummer Listen der Daten gemäss den Bestimmungen der TSV abrufen.

² Die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter, die Gemeinden und die Kantonspolizei können zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben bei der Datenbankbetreiberin anhand der Mikrochip- oder Tätowiernummer eines Hundes bzw. anhand des Namens einer Hundehalterin oder eines Hundehalters die Daten gemäss den Bestimmungen der TSV und Artikel 32b Absatz 1b der Verordnung vom 21. Januar 2009 über den Tierschutz und die Hunde (THV)¹⁾ abrufen.

Art. 13b * *Datenzugriff durch Private*

¹ Der Kantonale Veterinärdienst kann zur raschen Identifizierung und Rückgabe von Findeltieren auf Gesuch hin folgende Organisationen und Personen im Sinne der TSV ermächtigen, bei der Datenbankbetreiberin anhand der Mikrochip- oder Tätowiernummer eines Hundes den amtlichen Namen (Nachnamen) und den Rufnamen (Vornamen), die Wohn- und E-Mail-Adresse sowie die Telefonnummer der Hundehalterin oder des Hundehalters abzufragen:

- a Tierschutzorganisationen, die dem Dachverband Berner Tierschutzorganisationen angegliedert sind,
- b Tierheime mit Betriebsbewilligung des Kantonalen Veterinärdienstes,
- c Tierärztinnen und Tierärzte mit Berufsausübungsbewilligung im Kanton Bern.

² Als Voraussetzungen für die Zugriffsberechtigung gelten die Eignung der gesuchstellenden Organisation oder Person sowie die Unterzeichnung einer Vertraulichkeitserklärung.

³ Der Kantonale Veterinärdienst führt eine Liste mit den berechtigten Organisationen und Personen und überprüft periodisch, ob die Voraussetzungen für die Zugriffsberechtigung noch erfüllt sind. Er veröffentlicht die Liste im Internet.

Art. 14 *Sömmerung und Winterung*

¹ Das LANAT erlässt Allgemeinverfügungen über Sömmerung und Winterung im Sinne von Artikel 32 Absatz 1 TSV²⁾. *

¹⁾ BSG 916.812

²⁾ SR 916.401

4 Tierprodukte

Art. 15 * *Tierkörpersammelstellen*

¹ Jede Gemeinde betreibt eine Sammelstelle für Tierkörper oder beteiligt sich an einer regionalen Sammelstelle.

Art. 15a * *Ablieferung der tierischen Nebenprodukte **

¹ Die tierischen Nebenprodukte sind grundsätzlich den Sammelstellen der Gemeinden abzuliefern. *

² Ausgenommen sind tierische Nebenprodukte über 200 Kilogramm. Diese sind direkt der GZM Extraktionswerk AG in Lyss abzugeben. *

Art. 16 *Bewilligungen*

¹ Der Kantonale Veterinärdienst erteilt die Betriebsbewilligungen für Entsorgungsbetriebe und die übrigen nach VTNP²⁾ im Bereich der Entsorgung vorgeschriebenen Bewilligungen. *

Art. 17 *Verteilung der Kosten*

¹ Das LANAT auferlegt den Sammelstellen die Kosten, die dem Kanton für die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten entstehen, im Verhältnis zu den jährlich der GZM Extraktionswerk AG abgelieferten Abfallmengen. Die Kosten können auf die Tierhalterinnen und Tierhalter überwält werden. *

² Die Gemeinden tragen im Rahmen der allgemeinen Aufwendungen für die Abfallbeseitigung die Kosten für

- a den Bau, Betrieb und Unterhalt einer Gemeindesammelstelle bzw. die Beteiligung an einer Regionalsammelstelle,
- b die Anschaffung der erforderlichen Transport- und Hebegeräte, Container sowie der Reinigungs- und Desinfektionsgeräte sowie
- c die Entschädigung des Personals der Sammelstelle.

³ Die Tierseuchenkasse übernimmt die Kosten für Spezialtransporte verseuchter oder seuchenverdächtiger Tierkörper.

⁴ Betriebe, die gewerbsmässig schlachten oder Fleisch verarbeiten, übernehmen die Kosten für die Entsorgung der bei ihnen anfallenden tierischen Nebenprodukte gemäss ihren schriftlichen Vereinbarungen mit den Entsorgungsbetrieben. *

²⁾ SR 916.441.22

⁵ Die Tierhalterinnen und Tierhalter bezahlen den Transport der tierischen Nebenprodukte zur Sammelstelle. *

5 Bekämpfungsmassnahmen

Art. 18 *Neu auftretende Tierseuchen*

¹ Tritt eine übertragbare, bösartige Krankheit auf, die nicht in der TSV¹⁾ aufgeführt ist, so kann der Regierungsrat auf Antrag des Kantonalen Veterinärdienstes oder des Bundesamtes für Veterinärwesen die notwendigen Massnahmen anordnen und die Entschädigungen zulasten der Tierseuchenkasse festsetzen.

Art. 19 *Reinigung und Desinfektion*

¹ Die seuchenpolizeiliche Reinigung und Desinfektion muss nach Anordnung und unter Aufsicht der Kantonstierärztin oder des Kantonstierarztes, der amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte oder der Bieneninspektorinnen und -inspektoren vorgenommen werden.

² Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter verseuchter Betriebe und ihr Personal haben bei der Durchführung der Reinigung und der Desinfektion ohne Anspruch auf Entschädigung durch die Tierseuchenkasse mitzuarbeiten.

³ Flüssige und feste Abgänge aus verseuchten Betrieben sind im Einvernehmen mit dem Amt für Wasser und Abfall (AWA) zu beseitigen. *

Art. 20 * *Kosten für Bekämpfungsmassnahmen*

¹ Soweit die Kosten für Bekämpfungsmassnahmen vom Staat zu tragen sind, gehen sie unter Vorbehalt der Einlagen des Kantons zulasten der Tierseuchenkasse.

¹⁾ SR 916.401

6 Beiträge und Entschädigungen

Art. 21 * *Tierhalterbeiträge an die Tierseuchenkasse **

¹ Alle Betreiberinnen und Betreiber einer Tierhaltung im Kanton Bern, welche die Voraussetzungen von Artikel 6 Buchstabe o TSV¹⁾ erfüllen, haben gemäss Artikel 12 KLG jährlich Beiträge in folgender Höhe an die Tierseuchenkasse zu leisten: *

- a * für raufutterverzehrende Nutztiere im Sinne von Artikel 27 Absatz 2 der eidgenössischen Verordnung vom 7. Dezember 1998 über landwirtschaftliche Begriffe und die Anerkennung von Betriebsformen (Landwirtschaftliche Begriffsverordnung, LBV)²⁾: CHF 8 je raufutterverzehrende Grossvieheinheit (RGVE),
- b * für Schweine: CHF 6 je Grossvieheinheit (GVE),
- c * für Geflügel: CHF 6 je GVE,
- d * für Kaninchen: CHF 6 je GVE,
- e * für Bienen: CHF 2 je Volk,
- f * für Speisefische: CHF 5 je 100 kg,
- g * für Besatzfische: CHF 19 je 100 kg,
- h * für bebrütete Eier von Geflügelbrütereien: pauschal CHF 50 bis zu einer Gesamtzahl von 100'000 Eiern pro Jahr bzw. pauschal CHF 200 bei einer Gesamtzahl von mehr als 100'000 Eiern pro Jahr.

² Die Umrechnung der Tierbestände in den Kategorien nach Buchstabe a in RGVE und nach Buchstaben b bis d in GVE erfolgt nach dem Anhang zur LBV.

³ Die Tierbestände für die Tierhalterbeiträge nach Absatz 1 Buchstaben a bis g werden gemäss der eidgenössischen Verordnung vom 23. Oktober 2013 über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft (Direktzahlungsverordnung, DZV)³⁾ und der eidgenössischen Verordnung vom 23. Oktober 2013 über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft (ISLV)⁴⁾ bestimmt. *

⁴ Der Mindestbeitrag, der pro Tierhaltung zu leisten ist, beträgt 18 Franken. *

⁵ Die Tierhalterbeiträge werden mit dem Agrarinformationssystem des LANAT berechnet und den Tierhalterinnen und Tierhaltern vom LANAT in Rechnung gestellt. Bei den Tierhalterinnen und Tierhaltern, die Direktzahlungen gemäss DZV beziehen, können die Tierhalterbeiträge von den Direktzahlungen abgezogen werden. *

¹⁾ SR 916.401

²⁾ SR 910.91

³⁾ SR 910.13

⁴⁾ SR 919.117.71

⁶ Soweit die Beiträge gemäss Absatz 1 nicht entrichtet wurden, werden keine Entschädigungen aus der Tierseuchenkasse geleistet. *

Art. 21a * *Aufgabe der Tierhaltung während des Beitragsjahrs*

¹ Wird die Tierhaltung bis zum 1. Mai des Beitragsjahrs aufgegeben,

- a werden die Tierhalterbeiträge auf den im Beitragsjahr effektiv gehaltenen Tierbestand angepasst,
- b erfolgt bei landwirtschaftlichen Nutztieren die Berechnung gemäss den Bestimmungen der DZV.

² Wird die Tierhaltung nach dem 1. Mai des Beitragsjahrs aufgegeben, werden die Tierhalterbeiträge nicht angepasst.

³ Der Mindestbeitrag gemäss Artikel 21 Absatz 4 ist in jedem Fall geschuldet.

Art. 21b * *Meldepflicht und -verfahren*

¹ Tierhalterinnen und Tierhalter müssen die Tierbestände im Sinne von Artikel 21 Absätze 1 und 3 jährlich melden.

² Die Meldung hat spätestens bis zum Erhebungsdatum gemäss den Bestimmungen der ISLV über die vom LANAT bezeichnete Internetseite auf einem gesicherten elektronischen Erfassungssystem zu erfolgen.

Art. 22 * ...

Art. 23 * *Kantonseinlagen*

¹ Der Kanton ersetzt der Tierseuchenkasse die Ausgaben für die Bekämpfung der Zoonosen zu 100 Prozent.

² Er ersetzt der Tierseuchenkasse die Ausgaben für die Bekämpfung der Bienenkrankheiten und die Unterstützung des Bienengesundheitsdienstes zu 100 Prozent, jedoch höchstens bis zu jährlich 500'000 Franken.

Art. 23a * *Verzinsung des Vermögens*

¹ Die Zinserträge aus dem Vermögen der Tierseuchenkasse fliessen in die Tierseuchenkasse.

Art. 24 *Leistungen an die Bekämpfungskosten*

¹ Die Kosten der Laboruntersuchungen für Diagnose und Behandlungskontrollen zur Überwachung verseuchter oder verdächtiger Bestände gehen zulasten der Tierseuchenkasse, in der Regel jedoch nur soweit diese Massnahmen vom Kantonalen Veterinärdienst verfügt wurden.

Art. 25 * *Beiträge an die Tiergesundheitsdienste*

¹ Aus der Tierseuchenkasse können Tiergesundheitsdienste, die unter der Aufsicht des Bundesamtes für Veterinärwesen stehen und einen Bundesbeitrag erhalten, mit einem Beitrag an die anrechenbaren Kosten unterstützt werden, der den höchstmöglichen Bundesbeitrag nicht übersteigen darf.

Art. 26 * *Entschädigungsleistungen für Tierverluste*

¹ Bei Tierverlusten werden nach den Bestimmungen der Bundesgesetzgebung Entschädigungen geleistet.

Art. 27 *Unterlassene Impfung*

¹ Die Entschädigung für Tierverluste wird verweigert, wenn die Tierhalterin oder der Tierhalter die vom Kantonalen Veterinärdienst angeordneten Impfungen unterlassen hat.

Art. 28 *Schätzungsverfahren*
1. Im Allgemeinen

¹ Der Kantonale Veterinärdienst bezeichnet die Schätzungsexpertinnen und -experten im Einzelfall.

² Über die Schätzungen ist nach den Weisungen des Kantonalen Veterinärdienstes ein Protokoll aufzunehmen.

Art. 29 * *2. Bei Bienenvölkern*

¹ Die Schätzung des Wertes zu vernichtender Bienenvölker obliegt den Bieneninspektorinnen und Bieneninspektoren.

Art. 30 *3. Bei Material*

¹ Vor der Vernichtung oder Beschädigung von Gegenständen, die zur Verhinderung der Verschleppung einer Seuche vernichtet oder beschädigt werden müssen, ist ein Protokoll aufzunehmen.

Art. 31 *Ausrichtung der Entschädigung*

¹ Nach Eingang des Schätzungsprotokolls, der Rechnungen für die Kosten und allfälliger sonstiger Belege verfügt der Kantonale Veterinärdienst die Auszahlung der Entschädigung durch die Tierseuchenkasse.

² Übersteigt die Entschädigung die Finanzkompetenz des Kantonalen Veterinärdienstes, so stellt dieser der finanzkompetenten Behörde Antrag.

Art. 31a * *Berichterstattung*

¹ Das LANAT erstellt jährlich einen Bericht über die Äufnung, den Vermögensstand und die Verwendung der Mittel der Tierseuchenkasse.

7 Rechtspflege**Art. 32 *Einsprache und Beschwerde* ***

¹ Gegen Verfügungen über Tierhalterbeiträge an die Tierseuchenkasse kann Einsprache erhoben werden. *

² Verfügungen und Einspracheentscheide des Kantonalen Veterinärdienstes und der ihm nachgeordneten tierseuchenpolizeilichen Organe können innert 30 Tagen mit Beschwerde bei der Volkswirtschaftsdirektion angefochten werden. *

³ Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG)¹⁾. *

8 Schlussbestimmungen**Art. 33 *Änderung eines Erlasses***

¹ Die ETV vom 24.8.1994 wird wie folgt geändert²⁾.

Art. 34 *Aufhebung eines Erlasses*

¹ Die Verordnung vom 25. November 1981 über den Vollzug der Bundesgesetzgebung über die Tierseuchenbekämpfung wird aufgehoben.

Art. 35 *Inkrafttreten*

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

T1 Übergangsbestimmung der Änderung vom 17.05.2017 ***Art. T1-1 ***

¹ Artikel 21 Absätze 1 Buchstaben a bis g und 4 ist rückwirkend auf den 1. Januar 2017 anwendbar.

² Artikel 17 Absatz 1 ist ab dem 1. Januar 2018 anwendbar.

¹⁾ BSG 155.21

²⁾ Aufgehoben durch V vom 19. 12 .2012 über die Entschädigungsansätze für amtliche Verrichtungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung, BSG 811.941

Bern, 3. November 1999

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: Bhend
Der Staatsschreiber: Nuspliger

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
03.11.1999	01.01.2000	Erlass	Erstfassung	99-96
22.10.2003	01.01.2004	Art. 14 Abs. 1	geändert	03-97
11.02.2004	01.06.2004	Art. 15a	eingefügt	04-21
31.05.2006	15.08.2006	Art. 13	geändert	06-73
29.10.2008	01.01.2009	Art. 32 Abs. 1	geändert	08-122
29.10.2008	01.01.2009	Art. 19 Abs. 3	geändert	08-125
14.01.2009	01.04.2009	Art. 2 Abs. 1	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 3	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 4	aufgehoben	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 5	aufgehoben	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 6	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 10 Abs. 1	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 10 Abs. 2	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 11	aufgehoben	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 12	aufgehoben	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 13 Abs. 1	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 16 Abs. 1	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 21	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 23a	eingefügt	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 25	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 29	geändert	09-17
14.01.2009	01.04.2009	Art. 31a	eingefügt	09-17
12.09.2012	01.01.2013	Ingress	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 1 Abs. 1	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 6 Abs. 1	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 7	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 15	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 15a	Titel geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 15a Abs. 1	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 15a Abs. 2	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 17 Abs. 1	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 17 Abs. 4	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 17 Abs. 5	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 20	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 21 Abs. 1	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 21 Abs. 4	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 21 Abs. 6	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 22	aufgehoben	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 23	geändert	12-71
12.09.2012	01.01.2013	Art. 26	geändert	12-71
17.05.2017	01.07.2017	Art. 7 Abs. 1	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 10 Abs. 1	geändert	17-024

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
17.05.2017	01.07.2017	Art. 10 Abs. 2	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 13	Titel geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 13 Abs. 1	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 13 Abs. 2	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 13 Abs. 3	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 13a	eingefügt	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 13b	eingefügt	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 17 Abs. 1	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21	Titel geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 1, a	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 1, b	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 1, c	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 1, d	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 1, e	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 1, f	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 1, g	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 1, h	eingefügt	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 3	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 3, a	aufgehoben	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 3, b	aufgehoben	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 3, c	aufgehoben	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 4	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21 Abs. 5	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21a	eingefügt	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 21b	eingefügt	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 32	Titel geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 32 Abs. 1	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 32 Abs. 2	geändert	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. 32 Abs. 3	eingefügt	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Titel T1	eingefügt	17-024
17.05.2017	01.07.2017	Art. T1-1	eingefügt	17-024

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	03.11.1999	01.01.2000	Erstfassung	99-96
Ingress	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 1 Abs. 1	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 2 Abs. 1	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 3	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 4	14.01.2009	01.04.2009	aufgehoben	09-17
Art. 5	14.01.2009	01.04.2009	aufgehoben	09-17
Art. 6	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 6 Abs. 1	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 7	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 7 Abs. 1	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 10 Abs. 1	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 10 Abs. 1	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 10 Abs. 2	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 10 Abs. 2	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 11	14.01.2009	01.04.2009	aufgehoben	09-17
Art. 12	14.01.2009	01.04.2009	aufgehoben	09-17
Art. 13	31.05.2006	15.08.2006	geändert	06-73
Art. 13	17.05.2017	01.07.2017	Titel geändert	17-024
Art. 13 Abs. 1	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 13 Abs. 1	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 13 Abs. 2	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 13 Abs. 3	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 13a	17.05.2017	01.07.2017	eingefügt	17-024
Art. 13b	17.05.2017	01.07.2017	eingefügt	17-024
Art. 14 Abs. 1	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 15	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 15a	11.02.2004	01.06.2004	eingefügt	04-21
Art. 15a	12.09.2012	01.01.2013	Titel geändert	12-71
Art. 15a Abs. 1	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 15a Abs. 2	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 16 Abs. 1	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 17 Abs. 1	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 17 Abs. 1	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 17 Abs. 4	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 17 Abs. 5	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 19 Abs. 3	29.10.2008	01.01.2009	geändert	08-125
Art. 20	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 21	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 21	17.05.2017	01.07.2017	Titel geändert	17-024
Art. 21 Abs. 1	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 21 Abs. 1, a	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 21 Abs. 1, b	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 21 Abs. 1, c	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 21 Abs. 1, d	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 21 Abs. 1, e	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 21 Abs. 1, f	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 21 Abs. 1, g	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 21 Abs. 1, h	17.05.2017	01.07.2017	eingefügt	17-024
Art. 21 Abs. 3	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 21 Abs. 3, a	17.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	17-024
Art. 21 Abs. 3, b	17.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	17-024
Art. 21 Abs. 3, c	17.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	17-024
Art. 21 Abs. 4	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 21 Abs. 4	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 21 Abs. 5	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 21 Abs. 6	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 21a	17.05.2017	01.07.2017	eingefügt	17-024
Art. 21b	17.05.2017	01.07.2017	eingefügt	17-024
Art. 22	12.09.2012	01.01.2013	aufgehoben	12-71
Art. 23	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 23a	14.01.2009	01.04.2009	eingefügt	09-17
Art. 25	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 26	12.09.2012	01.01.2013	geändert	12-71
Art. 29	14.01.2009	01.04.2009	geändert	09-17
Art. 31a	14.01.2009	01.04.2009	eingefügt	09-17
Art. 32	17.05.2017	01.07.2017	Titel geändert	17-024
Art. 32 Abs. 1	29.10.2008	01.01.2009	geändert	08-122
Art. 32 Abs. 1	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 32 Abs. 2	17.05.2017	01.07.2017	geändert	17-024
Art. 32 Abs. 3	17.05.2017	01.07.2017	eingefügt	17-024
Titel T1	17.05.2017	01.07.2017	eingefügt	17-024
Art. T1-1	17.05.2017	01.07.2017	eingefügt	17-024